

Stellungnahme der SPD Bayern

„Umweltschutz ist für uns Maßstab politischen Handelns: Auf Initiative der BayernSPD wurden im Jahre 1984 der Umweltschutz und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in die Bayerische Verfassung aufgenommen.

Für uns ist dieser Verfassungsartikel der bindende Auftrag an Parlament und Staatsregierung sowie an alle Bewohner Bayerns, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen. Es ist - lange vor Rio vorweg genommen - der Auftrag der nachhaltigen und verantwortungsvollen Politikgestaltung, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen gegeneinander abzuwägen und in existenziellen Fragen dem Schutz der Umwelt den Vorrang einzuräumen.“

Mit diesen Sätzen beginnt das Kapitel „Umwelt“ in unserem aktuellen Landeswahlprogramm. Sie sehen also, dass wir dem Natur- und Umweltschutz in Bayern eine herausragende Position einräumen. Wir haben dies auch in unserer parlamentarischen Arbeit immer wieder dokumentiert und werden dies auch weiter tun. Die vielfältigen Ansätze und Impulse unserer Landtagsfraktion, allen voran des Umwelt- und Verbrauchersprechers Ludwig Wörner und der energiepolitischen Sprecherin Susann Biedefeld,- unterstützt durch eindeutige Parteitagsbeschlüsse der BayernSPD - sind Ihnen ja bekannt.

Grundsätzlich sehen wir eine große Schnittmenge beim Vergleich zwischen Ihren Forderungen und unseren politischen Leitlinien, auch wenn wir uns in einzelnen Einschätzungen etwas unterscheiden mögen. Lassen Sie uns das an Hand unserer Antworten zu Ihrer ausführlichen Darstellung belegen. Zu Ihren Kernforderungen stellen wir fest:

1. Klimaschutz und Energiewende massiv voranbringen

Im Bereich der Energiepolitik:

Wir stehen ohne Wenn und Aber zu den Vorgaben der EU an Deutschland, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. Deutschland hat dies zugesagt. Wir wollen dieses Ziel auch für Bayern erreichen und fordern deshalb klare Zielvorgaben sowie eine regelmäßige Kontrolle der erreichten Ziele über einen jährlichen Bayerischen Klimabericht mit Evaluierung der eingeleiteten Maßnahmen.

Einer solchen klaren Selbstverpflichtung durch bayerische Klimaschutzziele haben sich CSU und Staatsregierung bislang verweigert. Sie setzen auf Freiwilligkeit, die unserer Meinung nach nichts bringt. Und bereit jetzt bauen sie Entschuldigungs- und Rechtfertigungsargumente auf, indem sie beispielsweise nicht die Absenkung der gesamten CO₂-Emissionen bewerten, sondern mit Taschenspielertricks wie dem Pro-Kopf-Ausstoß jonglieren. Dass hier Bayern als flächengrößtes Bundesland mit vergleichsweise geringer Bevölkerungsdichte und einem großen Anteil an ländlichen Räumen eine bessere Ausgangslage hat, ist aber kein Erfolg der CSU, sondern so vorgegeben.

Wir wollen die Selbstverpflichtung auf bayerische Klimaschutzziele. Leider haben es CSU und Staatsregierung geschafft, ein Bayerisches Klimaschutzbündnis zu gründen, das nur auf Freiwilligkeit setzt und in den knapp vier Jahren seines Bestehens im Wesentlichen Seifenblasen produziert hat. Durch die Teilnahme Ihres Verbandes an diesem Bündnis können CSU und Staatsregierung leider suggerieren, dass ihre hilflose und unzureichende Art, mit dem Klimaschutz umzugehen, durch Umwelt- und Naturschutzverbände auch noch für richtig gehalten wird.

Wir teilen Ihre Forderung, ab sofort in Bayern die CO₂-Emissionen pro Jahr mindestens um 3 Prozent zu vermindern und bis 2020 eine Minderung um 40 Prozent, bis 2050 um 80 Prozent zu erreichen. Wie wollen Sie das Ihrem regierungsamtlichen Bündnispartner klarmachen? Dabei können wir Ihnen nur viel Erfolg wünschen. Mit der praktizierten Art des „bayerischen Klimaschutzes“ ist dies unmöglich zu erreichen.

Dies zeigt auch der Blick auf den bayerischen Staatshaushalt. Erstmals im Nachtragshaushalt 2008 wird dem Klimaschutz eine gewisse Rolle zugesprochen. Allerdings beschränken sich die trickreich hochgerechneten Mittel auf 0,15 Prozent des Staatshaushaltes. Der UN-Klimarat hat allerdings 0,9 Prozent der Bruttoinlandprodukte gefordert, um dem Klimawandel erfolgreich entgegenzutreten zu können. Und wo bleibt Bayern? Unsere Mittelforderungen für den Klimaschutz lagen sehr nahe an der 0,9 Prozent-Marke, doch unsere Anträge wurden alle abgelehnt.

Das ist auch volkswirtschaftlich unsinnig. Denn der UN-Klimarat hat auch festgestellt: Jeder Euro, der jetzt nicht in den Klimaschutz investiert wird, erfordert später 20 Euro zur Bewältigung der Folgekosten des Klimawandels.

Energieeinsparung: Die Bundesregierung hat mit dem Marktanzreizprogramm der Altgebäude-Wärmesaniierung und mit der Energieeinsparverordnung gute Vorgaben geleistet. Doch CSU und Staatsregierung haben sich seit 1998 allen flankierenden Maßnahmen auf Landesebene verweigert. Erst in diesem Jahr gibt es eine kleine Anschubfinanzierung für die Wärmesaniierung von staatlichen Liegenschaften. Zu spät - wir verlangen das seit 2003 - und viel zu wenig.

Den anderen von Ihnen genannten Vorschlägen für ein Engagement Bayerns, zum Beispiel Energieagenturen, Projektmanagern, Energieberatung, Verbraucheraufklärung etc. haben sich CSU und Staatsregierung bisher verweigert. Die Ablehnung unserer Anträge im Parlament dokumentiert dies.

Energieeffizienz: Sie verlangen: Kein neues Großkraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung. Diese Ihre Forderung unterstützen wir, einschließlich der Ausbauziele von

kurzfristig 30 Prozent und mittelfristig 60 Prozent an der Stromerzeugung. Wir gehen sogar noch weiter: Wir wollen Kraft-Wärme-Koppelung zum Beispiel auch bei Biogasanlagen; mit der Wärme können dann Trocknungsanlagen für Obst, Feldfrüchte, Kräuter und Gewürze bedient werden, oder es wird Klärschlamm zur Verbrennung getrocknet. Unmittelbar daraus ergibt sich unsere Forderung nach einem Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze.

KWK eignet sich übrigens besonders gut für Liegenschaften in öffentlicher Hand wie Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime, Gemeindezentren. Wo bleibt hier das bayerische Sonderprogramm?

Erneuerbare Energien: Hier hat die rot-grüne Bundesregierung Meilensteine gesetzt - mit den Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz (KWK) und mit den Marktanzreizprogrammen. Die erneuerbaren Energien sind - mit Ausnahme von Photovoltaik - heute bereits wettbewerbsfähig. Dennoch wollen wir die auf 20 Jahre garantierten Einspeisevergütungen beibehalten, allerdings degressiv.

In Bayern müssen endlich die bürokratischen Hemmnisse und die Wettbewerbsverzerrungen auf Grund uneinheitlicher Genehmigungskriterien und -zeiten beseitigt werden, muss die ideologisch motivierte Ablehnung der Windkraft fallen.

Bei Energiepflanzen müssen endlich ökologische Mindeststandards greifen, um nicht Schäden an anderer Stelle provozieren. Diesen unseren Antrag hat die CSU abgelehnt. Damit führen Energiepflanzen zur Konkurrenz mit der Nahrungsmittelerzeugung, zu Intensivlandwirtschaft und Agrochemie, zu Bodenschäden und Wasserverschmutzung, zu nicht vertretbaren Importen von Energiepflanzen.

Leider haben sich CSU und Staatsregierung bisher nur auf wenige Projekte und Modellvorhaben beschränkt und sind mit Landesmitteln nie in die Fläche gegangen. Stattdessen haben sie allein bei den beiden Großvorhaben Rapsmethylveresterung (Gemünden) und Amylosefabrik (Traunstein) rund 7 Millionen Euro in den Sand gesetzt.

Öl, Gas und Kohle: Damit der Atomausstieg gelingen kann, werden wir diese Energieträger noch einige Zeit brauchen, auch wenn sie uns abhängig machen und sehr bald viel zu teuer sein werden, um verbrannt zu werden.

Der schnellst mögliche Ausstieg ist deshalb richtig und wichtig. Wir vertreten aber die Meinung, dass neue Kraftwerke gebaut werden sollten, um zum einen alte „Dreckschleudern“ durch moderne und effiziente Anlagen mit hoher Rückhaltefähigkeit zu ersetzen und zum anderen auf diese Weise auch die Kraft-Wärme-Koppelung voranzubringen.

Atomausstieg: Wir wollen den Atomausstieg, wie ihn der Atomkonsens vorsieht. Warum? Dieser vereinbarte Ausstieg ist möglich ohne Reparationsleistungen an die Energiekonzerne in dreistelliger Milliardenhöhe und damit nachhaltig. Ein sofortiger Ausstieg würde gewaltige Mittel binden und damit die Mittel zur Finanzierung der Energiewende schlucken.

Ein zweiter Grund: Die Zusammenarbeit innerhalb der Großen Koalition ist in dieser Frage nicht gerade einfach. Falls der Konsens aufgeschnürt wird, droht direkt die Gefahr einer Verschlechterung. Auch Sie wissen, dass die Koalitionspartner mit der CSU an der Spitze Laufzeitverlängerungen der bestehenden Reaktoren und neue Atomkraftwerke wollen.

Wir werden aber erneut beantragen, dass Bayern endlich ein flankierendes Ausstiegskonzept erarbeitet.

Bundesrat: Selbstverständlich unterstützen wir Ihre Forderungen an den Bund, insbesondere nach Fortschreibung der Energieeinsparverordnung und nach Einrichtung einer Regulierungsbehörde Strom und Gas.

Gerade bei den Förderprogrammen möchten wir aber Bayern nicht außen vor lassen. Die Staatsregierung hält sich mit Landesmitteln vornehm zurück und fordert nur immer von Bund. Das geht nicht. Selber handeln ist genauso notwendig. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Auch Bayern.

Im Bereich der Verkehrspolitik:

Ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort braucht eine optimale Verkehrsinfrastruktur. In Bayern sind Straßen und Schienen vielfach an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Deshalb sind Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und Verkehrssteuerung genau so wichtig wie der Ausbau und die Modernisierung vor allem des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs.

Öffentliches Verkehrswesen: Der Klimawandel macht es dringend notwendig, dass der Schienenverkehr gegenüber dem Pkw und Lkw als umweltfreundlicher Verkehrsträger besonders gefördert wird. Deshalb steht für uns an erster Stelle eine höhere Attraktivität des öffentlichen Verkehrswesens:

Zusätzliche Landesmittel für den Aus- und Aufbau des ÖPNV sind bereitzustellen, und der Verkehrsvorrang öffentlicher Verkehre im Straßenverkehr muss stärker gefördert werden.

Wir fordern ein Sonderprogramm „Schiene für Bayern“. Ab 2009 sollen die größten Engpässe im bayerischen Schienennetz beseitigt und Verkehrsknoten fit gemacht werden. Hierzu zählen unter anderem der viergleisige Ausbau der Strecke Nürnberg - Fürth und der Güterzugtunnel Fürth, die Erhöhung der Kapazität auf der Strecke Nürnberg - Regensburg - Passau und der stufenweise Ausbau der TEN-Strecke München - Mühldorf - Bayerisches Chemiedreieck sowie der Ausbau der S-Bahnen München und Nürnberg und des S-Bahn-ähnlichen Taktverkehrs Augsburg. Hierzu sollten unter anderem auch die frei gewordenen Mittel aus dem Transrapidprojekt eingesetzt werden.

Bundesverkehrswegeplan: Schon beim bestehenden Bundesverkehrswegeplan, aber auch beim bayerischen Staatsstraßenplan haben wir bei der Erstellung mit darauf geachtet, aus den früheren „Wunschkatalogen“ sachlich fundierte, belastbare und finanzierbare Pläne für eine mittelfristige Planung zu erarbeiten. Deshalb sollten

diese bestehenden Pläne weiter abgearbeitet werden, bevor in einem umfangreichen Verfahren die nächste Novellierung angegangen wird. Bei dieser werden wir auch wieder den Grundsatz Ausbau vor Neubau berücksichtigen.

Die Fichtelgebirgsautobahn lehnen wir ab.

Die B 26 neu - Westumfahrung Würzburgs - ist für uns als vierstreifige Bundesstraße eine verkehrsräumlich notwendiges Projekt für die Region Würzburg.

Den Autobahnring Süd um München lehnen wir mehrheitlich ab; einer Machbarkeitstudie haben wir uns aber auch fachlichen Gründen nicht verweigert.

Seit vielen Jahren haben wir den Ausbau der B 12 als Alternative zur Isental-Auto-bahn immer wieder gefordert. Es bleibt abschließend abzuwarten, ob eine Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Erfolg hat. Sollte dies der Fall sein, wird das ganze Verfahren neu beginnen.

Luftverkehr: Beim geplanten Bau der 3. Start- und Landebahn am Flughafen München wollen wir den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtlich 2010, abwarten. Sobald das Ergebnis mit konkreten Zahlen und Bewertungen vorliegt, muss das Projekt vor der Investition und vor dem Hintergrund der aktuellen Luftverkehrssituation in Deutschland noch einmal sorgfältig geprüft werden. Unabhängige Gutachter sollen einbezogen werden.

Die Flughafenausbauten in Oberpfaffenhofen, Landshut und auch andere haben wir abgelehnt.

Die Subventionierung des Flugverkehrs muss aus unserer Sicht ebenso zurückgefahren werden. Wir fordern die Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer.

ICE Nürnberg - Erfurt: Für die ICE-Neubaustrecke Nürnberg - Erfurt gibt es einen Planfeststellungsbeschluss und Baurecht. Nach jahrelangen schwierigen Diskussionen und Abwägungen sollte die planfestgestellte Trasse verwirklicht werden. Dies bedeutet aber auch, dass Oberzentren weiterhin in ausreichendem Umfang vom Fernverkehr angefahren werden müssen und bestehende bedeutende überregionale Strecken nicht stillgelegt werden dürfen.

Bahnverkauf: Es war die SPD, die bei den Verhandlungen erreicht hat, dass maximal 24,9 Prozent einzelner Geschäftsfelder der DB AG verkauft werden dürfen. Einen Verkauf weiterer Anteile wird es mit der SPD nicht geben.

Verkehrsverwaltungen: Ihren Vorschlag, Straßenbauverwaltungen in Verkehrsverwaltungen für eine ganzheitliche Planung umzuwandeln, halten wir für sehr interessant. Wir wollen diese Anregung gerne für unsere parlamentarische Arbeit in der neuen Legislaturperiode aufgreifen.

CO₂-Minderung und Tempolimit: Wir unterstützen Ihr CO₂-Minderungsziel von 20 Prozent bis 2020 für den gesamten Verkehrssektor in Deutschland und Europa.

Die Initiative der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag zum Tempolimit auf Autobahnen als Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses hat die Mehrheitsfraktion leider abgelehnt.

2. Heimat erhalten: Natur erhalten, Biodiversität fördern, Biotopverbundnetz aufbauen, Flächenverbrauch und Zersiedelung beenden

Nationalpark Nördlicher Steigerwald: Wir setzen uns für die Ausweisung eines Nationalparks Nördlicher Steigerwald als ersten fränkischen Nationalpark ein.

Biotopverbund: Wir halten den Biotopverbund in Bayern nicht für ausreichend. Vor allem sind die Quermöglichkeiten für Tiere - Tunnel oder Übergänge - viel zu wenige; die bestehenden wegen fehlender Instandhaltung und Pflege oft nicht nutzbar. Der Schutz der Moore, Feuchtgebiete und Auwälder ist uns ebenso ein Anliegen wie die Bereitstellung entsprechender Mittel zur Pflege und zur Kontrolle.

Alpen: Das Ökosystem Alpen ist besonders sensibel und gleichzeitig von wesentlicher Bedeutung für Klima- und Wasserschutz in Bayern. Die Alpen als Heimat für Mensch und Natur müssen besonders geschützt werden. Dazu wollen wir grenzüberschreitend beitragen - in der ASA, der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten in der Alpenregion - und in den Parlamenten sowie den Ländern und Regionen des Alpenbogens.

Die Alpenkonvention und ihre Protokolle sind für uns verbindliche Vorgaben für alle Vorhaben im Alpenraum. Die Grundvoraussetzungen versuchen wir in allen entsprechenden bayerischen Gesetzen zu verankern.

Wir haben uns nachdrücklich gegen die Erleichterungen beim Bau von Steighilfen und beim Einsatz von Schneekanonen im Bayerischen Naturschutzgesetz gewehrt. Wir lehnen jegliche Unterstützung und staatliche Förderung von die Natur belastenden Eingriffen im Alpenraum ab. Einen künstlichen chemischen Winter lehnen wir kategorisch ab und verurteilen das Vorgehen von CSU und Staatsregierung mit Fördermitteln für die touristische Hochrüstung der Alpenregion.

Mehr Finanzmittel als bisher wollen wir in den Auf- und Ausbau des naturverträglichen Tourismus einsetzen.

Wildtiermanagement: Die Pläne für ein umfassendes Wildtiermanagement sind in der jetzigen Art unter Beteiligung der Verbände ein guter Anfang; sie verdienen Ausbau und Fortsetzung - einschließlich der staatlichen Finanzierung der Beseitigung eventuell auftretender Schäden.

Flächenverbrauch: Die Tatsache, dass in Bayern pro Tag 20 Hektar (= 40 Fußballfelder) versiegelt werden, ist ein Skandal und ein Raubbau an Natur, Landschaft und Boden. Dieser Skandal wird noch größer, zumal Bayern bereits auf 14 Hektar (immer noch viel zu viel) reduziert hatte, und weil die Staatsregierung außer frommen Appellen an die Kommunen bisher nicht unternommen hat.

Wir fordern ein bayerisches Bodenentsiegelungsprogramm als Anreizprogramm. Außerdem wollen wir, dass ab sofort alle Maßnahmen mit Bodenversiegelung an eine Entsiegelung anderer Flächen gebunden werden. Diese Ausgleichsflächen sollen anfangs 50 Prozent der zu versiegelnden Fläche betragen; dieser Anteil soll ansteigen.

Landesentwicklungsprogramm: Mit der Umressortierung des Landesentwicklungsprogramms in das Wirtschaftsministerium sind praktisch alle Zielsetzungen in den Bereichen von Umwelt, Natur, Klimaschutz, Energie und Landschaft verloren gegangen.

Insbesondere wurden bisherige (verbindliche) „Ziele“ in diesen Bereichen auf „Grundsätze“ (an die man sich halten kann oder auch nicht) abgestuft. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren.

Genehmigungsbehörden: Die Genehmigung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen an die nächst höhere Behörde halten wir für eine interessante Idee. Wir könnten uns vorstellen, dass dies zumindest in ausgewählten Landkreisen getestet werden sollte.

3. Förderung einer bäuerlichen, ökologischen und gentechnikfreien Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Tierschutz

Agrogentechnik: Die BayernSPD und die bayerische SPD-Landtagsfraktion stehen ohne Wenn und Aber im Kampf gegen die Agrogentechnik. Dokumentiert wird dies in einem einstimmigen Beschluss der SPD-Landtagsfraktion und in einem einstimmigen Beschluss des BayernSPD-Parteitages (beide Sommer 2007).

Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Monaten immer wieder parlamentarische Initiativen (Dringlichkeitsanträge) gestartet, die allerdings samt und sonders von der CSU-Mehrheit abgeschmettert worden sind. Dazu gehört auch der Antrag, dass Bayern entsprechend seinen Möglichkeiten selbst den Anbau des Genmaises MON 810 verbieten kann. Dazu haben wir von Dr. Christoph Palme, Tübingen, ein entsprechendes Rechtsgutachten erstellen lassen.

Wir unterstützen natürlich den Bund Naturschutz und das „Bündnis gentechnikfreies Bayern“, ihre Forderungen und ihre Veranstaltungen. Aber auch unsere eigenen Veranstaltungen laufen sehr gut. Mehr dazu auf unserer Website www.bayern-gentechnikfrei.de <<http://www.bayern-gentechnikfrei.de>>

Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass auch tierische Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Eier und Milchprodukte gekennzeichnet werden müssen, wenn die Tiere mit Gen-Pflanzen gefüttert worden sind.

Außerdem muss in der EU endlich das „Regionalprinzip“ zum Tragen kommen. Wenn ein Land oder eine Region Nachteile für ihre Landwirtschaft und ihr Land befürchten, muss es möglich sein, sich verbindlich „gentechnikanbaufrei“ zu erklären.

Ökologische Landwirtschaft: Wir wollen die Landwirtschaft insgesamt naturnäher machen: weniger Agrochemie, weniger Mineraldünger, keine gentechnisch veränderten Futterpflanzen, keine industrieähnliche Massentierhaltung, Schutz der Böden durch richtige Fruchtfolgen und bessere Rückhaltefähigkeit, Schutz der Gewässer vor Nitrat und Chemie. Dabei sind für uns die Kriterien des ökologischen Anbaus Zielmarken, an die der konventionelle Landbau flächendeckend schrittweise herangeführt werden sollte. Die kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft in Bayern wird diesen Weg unserer Meinung nach erleichtern.

Energiepflanzen: Um nicht neue Gefahren für Landwirtschaft und Natur heraufzubeschwören, setzen wir uns für Mindeststandards bei der Erzeugung von Energiepflanzen ein. Dazu gehört der Verzicht auf Agrogentechnik ebenso wie der Verzicht auf Intensivlandwirtschaft mit übermäßiger Agrochemie, die Vermeidung von Wettbewerb mit der Nahrungsmittelproduktion und ein Importverbot von Energiepflanzen und deren Produkten (negative Energiebilanz beim Transport; Raubbau in den Herkunftsländern). Einen entsprechenden Leitantrag haben leider CSU und Staatsregierung abgelehnt.

Agrarumweltprogramme: Agrarumweltprogramme wie das Kulturlandwirtschaftsprogramm und der Vertragsnaturschutz müssen endlich bedarfsgerecht ausgestattet werden. Mit unseren Haushaltsanträgen haben wir uns bisher nicht durchsetzen können. Eine Kappung der Direktzahlungen ab einer bestimmten Größenordnung befürworten wir.

Milchwirtschaft: Wir unterstützen die bayerische Milchwirtschaft, von der fast die Hälfte der Bauern im Freistaat abhängig ist. Deshalb wollen wir die Milchquote so lange wie möglich erhalten und erklären uns mit den Milchbauern solidarisch. Für uns hat die Grünlandwirtschaft auch eine wichtige Funktion für mehr Natur und Erhalt der Kulturlandschaft in der Landwirtschaft.

Tierschutz: Wir lehnen Legehennenkäfige entschieden ab, egal, hinter welchen klangvollen Namen sie sich verbergen. Bei der Anbindehaltung vermissen wir den notwendigen Nachdruck der Staatsregierung, den Vorgaben der EU gerecht zu werden. Trotz mehrerer Anträge ist es uns bisher nicht gelungen, im Haushalt Zuschussmittel für die Umstellung von Betrieben einzustellen. Wir bleiben dran.

Die Kontrollen der Futtermittel müssen verstärkt werden; auf keinen Fall darf Tiermehl wieder als Futtermittel erlaubt werden; auch die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Flächen lehnen wir kategorisch ab. Eine Aufstallungspflicht von Geflügel halten wir für unverhältnismäßig, kontraproduktiv und bedrohlich.

4. Gewässer, Moore und Auen schützen:

Wasserrahmenrichtlinie: Die Wasserrahmenrichtlinie der EU ist für uns der Maßstab für den Umgang mit Gewässern, der Grundlage auch für bayerische Politik werden muss. Leider tricksen CSU und Staatsregierung, erledigen Aufgaben nicht, halten Termine nicht ein, interpretieren den Zustand von Gewässern nach ihren politischen Bedürfnissen und nicht nach der Wirklichkeit (zum Beispiel verschlechtern

sie die Gütebewertung an der Donau, um den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen mit Staustufen durchzusetzen). Wir haben immer wieder den Finger in diese Wunden gelegt und werden dies auch weiterhin tun.

Natürliche Flüsse und Hochwasserschutz: In acht Regionalkonferenzen und sechs Landtagsanhörungen hat die SPD-Landtagsfraktion nicht nur den Hochwasserschutz an Flüssen untersucht, sondern jeweils das gesamte Flusseinzugsgebiet betrachtet.

Wesentliches Ergebnis, das auch in die parlamentarischen Anträge geflossen ist, war das Ziel, den Flüssen mehr Raum zu geben. Das bedeutet: die Rückhaltefähigkeit der Böden zu verbessern, ein Entsiegelungsprogramm für Böden, Renaturierung von Auen und Uferbereichen sowie Flusslandschaften, Festlegung von Überschwemmungsgebieten mit Bauverbot. Wir wollen statt in Beton besser in natürliche Flüsse investieren und die Haushaltsmittel entsprechend umschichten und vor allem aufstocken. Derzeit gehen nur etwa 15 Prozent der Hochwassermittel in natürliche Sanierungen und Schutzmaßnahmen.

Wasserschutzgebiete: Wir setzen uns seit langem für eine deutliche Ausweitung der Wasserschutzgebiete in Bayern ein, die nur knapp 3,5 Prozent der Landesfläche umfassen (Bundesdurchschnitt bei 12 Prozent). Doch die Staatsregierung torpediert die Ausweisung: Über 300 Verfahren sind zum Teil seit 15 Jahren nicht abgeschlossen.

Außerdem soll im Wassergesetz auf CSU-Wunsch die Beteiligung des Staates an den Wasserschutzverträgen gestrichen werden. Das heißt: Jeder einzelne Grundstücksbesitzer kann durch überzogene Forderungen ein ganzes Wasserschutzgebiet torpedieren.

Donauausbau: Für den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen kommt für uns nur ein flussbaulicher Ausbau ohne Staustufen in Frage. Das ist einstimmig vertretene Position der BayernSPD und der SPD-Landtagsfraktion.

5. Vorbildliche Waldwirtschaft durchsetzen

Gemeinwohlfunktionen des Waldes: Die herausragende Bedeutung der bayerischen Wälder begründet sich aus den vielfältigen Gemeinwohlfunktionen des Waldes: Luftreinhaltung, CO₂-Senke, Wasserspeicher, Grundwasserreinigung, Bodenschutz gegen Erosion, Lawinen und Muren, Erhalt der natürlichen Lebensgemeinschaften von Fauna und Flora. Dazu braucht es auch eine personell und sachlich gut ausgestattete Forstverwaltung.

Die dazu notwendigen Mittel müssen aus den Erlösen der Bayerischen Staatsforsten als Anstalt des öffentlichen Rechts entnommen werden, nach dem Motto: Aus dem Wald - in den Wald. Zu finanzieren ist damit auch der klimagerechte Umbau der Wälder in standortgerechte Mischwälder mit heimischen Baumarten.

Mit dem Missbrauch der Holzgewinne als Reservekasse des Finanzministers muss Schluss gemacht werden.

Wald vor Wild: Es ist uns gelungen, diesen Vorrang „Wald vor Wild“ ins Bayerische Waldgesetz zu schreiben. Leider steht er noch nicht im Jagdgesetz. Ziel ist, eine flächendeckende Naturverjüngung ohne Schutzmaßnahmen möglich zu machen.

Bergwald: Schutzwälder im Bergwald und anderswo bedürfen der besonderen Pflege und Aufmerksamkeit.